

Programm zur Wahl der
Bezirksversammlung 2014

Eimsbüttel für alle

DIE LINKE.

www.die-linke-eimsbuettel.de

Inhalt



Eimsbüttel für alle	3
1. Hartz IV – Widerspruch hier	4
2. Für Selbstbestimmung, gegen Sozialabbau – mehr kommunale Demokratie in Eimsbüttel	5
3. Wohnungspolitik und Stadtentwicklung – Wohnen muss bezahlbar sein in Eimsbüttel	5
4. Für eine soziale und solidarische Gesellschaft in Eimsbüttel	6
5. Kinder- und Jugendarbeit in Eimsbüttel fördern statt kürzen	7
6. Menschenwürdige Wohnraumversorgung für Flüchtlinge in Eimsbüttel, für runde Tische und Willkommenskultur	7
7. Keine Stellenstreichungen im Bezirksamt Eimsbüttel	8
8. Bildung und Kultur – Teilhabe für alle	8
9. Menschlichkeit und Solidarität in Eimsbüttel, gegen Ausgrenzung und Rassismus – Eimsbüttel für alle	9
10. Eimsbüttel – Ein Bezirk für Mensch und Natur, nicht für den Autoverkehr	10
Zu guter Letzt	11

Eimsbüttel für alle

Am Wohnort, im Betrieb, in den Schulen und an der Uni sind wir solidarisch aktiv. Uns leitet das gemeinsame Interesse an einem Eimsbüttel für alle. Von den etablierten Parteien unterscheidet sich DIE LINKE. Eimsbüttel im Wesentlichen durch ein antikapitalistisches Programm.

Eimsbüttel ist ein liebens- und lebenswerter Bezirk und mit seinen 260.000 Einwohnerinnen und Einwohnern vergleichbar mit einer mittleren Großstadt. Und dennoch haben die demokratisch gewählten Abgeordneten der Bezirksversammlungen weniger zu sagen als ein bayerischer Dorfbürgermeister. Als so genannte Einheitsgemeinde sind die Bezirksversammlungen in Hamburg keine souveränen kommunalpolitischen Körperschaften, sondern, so will es das überholte Hamburger Bezirksverwaltungsgesetz, ein Teil der hamburgischen Verwaltung. Aber es gibt Felder der Politik, auf denen die Bezirkspolitik echte Kompetenzen hat und einiges bewirken kann. Das ist insbesondere der Bereich des Baurechts und der Wohnungspolitik. Hier hat sich die Bezirksfraktion der LINKEN Eimsbüttel bewährt und wird das auch weiter tun. Aber auch für die anderen Politikfelder möchten wir für Eimsbüttel politische Vorschläge und Alternativen unterbreiten.

Als Partei der sozialen Gerechtigkeit bleibt auf allen Ebenen der Kampf gegen Hartz IV und die rechtswidrige Sanktionspraxis ein Schwerpunkt unserer Arbeit, insbesondere durch unsere regelmäßige Beratung und Hilfestellung für Hartz-IV-Beziehende. Wir werden auch weiterhin diese Arbeit in Eimsbüttel fortsetzen.

Hier in Eimsbüttel brauchen wir noch dich und dich für gemeinsames globales Denken und lokales Handeln von unten. Ja, wir möchten, dass Sie uns ihre Stimme geben. Noch besser fänden wir, wenn Sie mit uns gemeinsam vor Ort Ihre Stimme für Ihre Interessen erheben. Unser Ziel des demokratischen Sozialismus möchten wir schon heute im Umgang miteinander leben. Werden Sie Mitglied unserer Partei DIE LINKE.

1. Hartz IV – Widerspruch hier

Hartz IV ist die Speerspitze einer Systematik, die uns alle in gegenseitige Konkurrenz bringt.

Das Bundesverfassungsgericht hat Hartz IV als verfassungswidrig bezeichnet, weil die Berechnung der Grundsicherung intransparent und von der Höhe her nicht sachgerecht berechnet und begründet ist. Besonders berührt uns die Praxis der Zwangsumzüge – Menschen werden aufgefordert, ihre angeblich unangemessenen Wohnkosten zu senken, ohne dass ihnen alternativ angemessener und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Viele Betroffenen zahlen dann die Differenz zwischen den tatsächlichen Mietkosten und der ihnen zugestandenen Mietobergrenze aus eigener Tasche und hungern. Hartz IV drückt Menschen unter das Existenzminimum.

Durch Hartz IV hat auch in Eimsbüttel die Armut eine neue Dimension erreicht. Immer mehr Menschen sind gezwungen, schlechte Jobs mit schlechten Löhnen anzunehmen, und auch der »Normalarbeitsplatz« gerät immer stärker in den Abwärtssog. Besonders macht den von Hartz IV Betroffenen die Angst vor dem Verlust der bisherigen Wohnung und vor Sanktionen zu schaffen. Hundertprozentige Sanktionen bedeuten den unausweichlichen Weg in die Obdachlosigkeit. Wir unterstützen Menschen wie Inge Hannemann, die auf der anderen Seite des Schreibtisches parteilich den Hartz-IV-Betroffenen helfen.

Deshalb fordert DIE LINKE. Eimsbüttel:

- eine sanktionsfreie Mindestsicherung von mindestens 1.050 Euro zuzüglich Wohngeld in Städten mit überdurchschnittlichen Mieten
- eine Kindergrundsicherung für alle Kinder, die vor Ausgrenzung schützt und gute Teilhabe und Entfaltungsmöglichkeiten bietet
- die Einführung einer Mindestrente in Höhe von mindestens 1.050 Euro

Für die Bezirkspolitik gilt:

- Zwangsumzüge stoppen
- Abschaffung der Ein-Euro-Jobs

Darum: Hartz IV muss weg, ohne Wenn und Aber!

2. Für Selbstbestimmung, gegen Sozialabbau – mehr kommunale Demokratie in Eimsbüttel

Obwohl Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Bezirksebene im Gesetz verankert sind, hebt der Senat durch Anweisungen und Evokationen (Aufhebungen von Bezirksbeschlüssen durch den Senat) die Entscheidungen der Bürger und der bezirklichen Gremien aus, sobald sie – wie beim »Grünen Zentrum Eidelstedt« und Bebauungsplänen wie »Schnelsen 71« geschehen – nicht der Senatspolitik entsprechen. Und auch die schon seit Jahren anhaltenden Kürzungen des Senats bei den Haushaltszuweisungen für die Bezirke führen dazu, dass Erhalt und Ausbau kommunaler und soziokultureller Einrichtungen zurückgefahren werden. Das trifft besonders die Lebenssituation der Menschen, die sozial benachteiligt sind.

DIE LINKE.
Bezirksverband Eimsbüttel

Deshalb fordert DIE LINKE. Eimsbüttel:

- eigenes Haushaltsrecht für die Bezirke
- verbindliche Bürgerentscheide
- Beibehaltung der Stadtteilbeiräte, Einrichtung eigener Budgets
- Abschaffung des Evokationsrechts

3. Wohnungspolitik und Stadtentwicklung – Wohnen muss bezahlbar sein in Eimsbüttel

Wohnen muss bezahlbar sein! Obwohl fast jeder zweite Hamburger Haushalt Anspruch auf eine Sozialwohnung hat, nimmt die Zahl der Sozialwohnungen rapide ab, es werden zu wenige gebaut. Das betrifft besonders unseren Bezirk, der schon jetzt nur halb so viele Sozialwohnungen hat wie der Durchschnitt der Hamburger Bezirke.

Hinzu kommt, dass die neu gebauten Wohnungen viel zu teuer und auch viel zu groß sind für die Mehrzahl der Haushalte, denn das sind Singlehaushalte. Wir fordern, dass vorrangig Sozialwohnungen gebaut werden, barrierefrei und auch von der Größe her den Bedürfnissen der Haushalte entsprechend. Eimsbüttels Charme macht nicht zuletzt die Vielzahl kleiner Läden und Gewerbe aus. Doch auch sie können nur mit bezahlbaren Mieten überleben. Wie im Wohnungsprogramm für Eimsbüttel aufgeführt, fordern wir bei der Vorlage von Bauanträgen folgende Staffelung für den sozialen Wohnungsbau (Erster Förderweg) als ersten Schritt einzuführen: 30% sozialer Wohnungsbau bei allen Bauanträgen, 50% bei

Anträgen auf Änderung des Baurechts und 100% bei Anträgen auf öffentlichen Flächen.

Wir wollen einen lebenswerten, lebendigen Stadtteil für die Menschen, nicht für die Autos. Deshalb Vorrang für den Öffentlichen Personennahverkehr!

DIE LINKE. Eimsbüttel fordert:

- Verpflichtung der Bauherren zum Bau von Sozialwohnungen im Ersten Förderweg, barrierefrei und von angemessener Größe
- Aufkauf von Liegenschaftsflächen ausschließlich für den ersten Förderweg im sozialen Wohnungsbau
- vernünftige personelle Ausstattung der Bezirksämter, um Mietwucher und Leerstand entgegenzuwirken und die Einhaltung von Vorgaben im Sozialwohnungsbau kontrollieren zu können
- personelle Aufstockung der Bauprüfabteilung zur wirksamen Kontrolle der Bauauflagen
- keine Bebauung von Grünflächen
- Ausweitung der Sozialen Erhaltungsverordnung auf ganz Eimsbüttel, bis die Wohnungsnot in Eimsbüttel beendet ist. Für die erforderliche personelle Ausstattung der Erhaltungsverordnung ist die personelle Besetzung des Bezirksamtes zu erhöhen
- ausreichender Bau von kleinen und bezahlbaren Wohnungen
- Umwidmung von Büros in Wohnraum
- Schaffung von mehr autofreien Flächen

4. Für eine soziale und solidarische Gesellschaft in Eimsbüttel

Die gegenwärtig zu beobachtende Verarmung immer breiterer Schichten der Gesellschaft ist eine unmittelbare Folge der neoliberalen Politik. Sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende und Erwerbslose, MigrantInnen, SeniorInnen, Menschen mit Behinderungen sowie finanziell Schwache sind diejenigen, die die Auswirkungen der so genannten Schuldenbremse und die daraus resultierenden Kürzungen für die bezirklichen Angebote ausbaden müssen.

Deshalb fordert DIE LINKE. Eimsbüttel:

- Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur in Eimsbüttel (Kitas, offene Jugendarbeit, Seniorenbetreuung)

- die soziokulturellen Angebote (z.B. für SeniorInnen, Kinder, Jugendliche und MigrantInnen) ausreichend finanziell auszustatten und mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen zu versehen
- Erhalt der bezirklichen Integrationsbeauftragten

5. Kinder- und Jugendarbeit in Eimsbüttel fördern statt kürzen

Zusätzlich zur Bildung bedarf es auch einer guten sozialen Infrastruktur, um Kindern und Jugendlichen eine solide Zukunft zu sichern. Armut, die Kinder aus sozial schwachen Familien besonders trifft, ist in Eimsbüttel in den Stadtteilen unterschiedlich stark verteilt. Hier muss Ausgleich geschaffen werden. Der SPD-Senat hat rund 10% der Mittel in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gekürzt. Diese Kürzungen müssen umgehend zurückgenommen werden. Es muss mehr Geld für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden.

Deshalb fordert DIE LINKE. Eimsbüttel:

- sofortige Rücknahme dieser Kürzungen
- Ausbau und solide Finanzierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Schaffung von selbstverwalteten Räumen für junge Menschen

6. Menschenwürdige Wohnraumversorgung für Flüchtlinge in Eimsbüttel, für runde Tische und Willkommenskultur

Wir treten entschieden dafür ein, dass Menschen, die von Krieg, Gewalt, Vertreibung, Unterdrückung betroffen sind oder die aufgrund ihrer religiösen oder ethnischen Zugehörigkeit oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, Schutz und Zuflucht bei uns finden. Wir treten ebenso dafür ein, sie freundlich und verständnisvoll aufzunehmen. Gegen die kurzatmige, konzeptionslose und häufig inhumane »Unterbringungspolitik« des Senats in Lagern, Kasernen, Zelten und Containern fordern wir ein Eimsbütteler Konzept zu einer Neuorganisation der Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften. Dieses Konzept muss integraler Bestandteil aller für Eimsbüttel bestehenden Planungen sein. Wir kämpfen gemeinsam mit AkteurInnen der

Zivilgesellschaft aus Gewerkschaften, Kirchen und Flüchtlingsorganisationen dafür, dass Flüchtlinge in dieser Stadt eine sichere Perspektive erhalten.

Deshalb fordert DIE LINKE. Eimsbüttel:

- ein Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen als integraler Bestandteil aller Planungen, z.B. nach dem »Leverkusener Modell« (völliger Verzicht auf zentrale Unterbringung durch Bereitstellung von Mietwohnungen in allen Stadtteilen)
- Willkommenskultur für alle in Eimsbüttel ankommenden Flüchtlinge
- umgehender Abschiebestopp, Aufenthaltsrecht nach § 23 Aufenthaltsgesetz (Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen)
- sichere Perspektive für Flüchtlinge in Eimsbüttel



7. Keine Stellenstreichungen im Bezirksamt Eimsbüttel

Die Politik der Schuldenbremse führt nicht nur zum Kahlschlag bei den bezirklichen Sozialleistungen und sozialen Diensten, sondern auch zu einem Abbau von Personal in den Bezirksamtern, der die Funktionsfähigkeit der bürgernahen Aufgaben und Dienstleistungen in Frage stellt. Angesichts hoher Dauerarbeitslosigkeit treten wir für die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe ein, die nachhaltige Arbeitsplätze schafft und zur Verbesserung ökologischer, sozialer und friedlicher Standards führt. Wir sind strikt dagegen, weitere öffentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge zu privatisieren.

Deshalb fordert DIE LINKE. Eimsbüttel:

- kein Stellenabbau im Bezirksamt Eimsbüttel
- keine weiteren Schließungen von Kundenzentren wie in Stellingen
- keine öffentliche Auftragsvergabe an Unternehmen, die sich nicht an das Hamburger Mindestlohngesetz und/oder Tarifverträge halten
- kein Zurückfahren der Mittel für das Rahmenprogramm integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)
- Rücknahme der Streichungen im Bereich der niederschweligen Jugend- und Familiensozialarbeit
- personelle Aufstockung des Amtes für Soziale Dienste und Förderung im Bereich der niederschweligen Sozialarbeit

8. Bildung und Kultur – Teilhabe für alle

Bildung und Kultur sind hohe Güter, die allen Menschen zugänglich sein müssen. Dies ist die Grundlage einer Gesellschaft, die auf Solidarität und nicht auf Ausgrenzung gegründet ist. Doch auch in diesen Bereichen macht sich die Kürzungspolitik des Senats bemerkbar. DIE LINKE tritt für eine solide Finanzierung der Schulen ein, um eine inklusive Bildung zu gewährleisten. Ebenso wichtig ist der Erhalt und Ausbau anderer Bildungseinrichtungen. Eimsbüttel ist auch durch die Universität geprägt. Alle Parteien haben sich erfolgreich gegen einen Umzug stark gemacht. Trotzdem liegt vieles an der Universität im Argen – auch sie leidet unter der so genannten Sparpolitik, die Lehre und Forschung gleichermaßen beeinträchtigt und zunehmend das Bildungsprivileg der Oberschicht verfestigt. Der finanzielle Rückzug aus öffentlichen kulturellen Einrichtungen wie Museen, Theatern, Geschichtszentren, Sportvereinen oder Musikclubs fördert deren Kommerzialisierung und grenzt dadurch Menschen mit wenig Geld aus.

DIE LINKE.
Bezirksverband Eimsbüttel

Deshalb fordert DIE LINKE:

- solide Finanzierung der Schulen, keine Inklusion zum Nulltarif
- qualifizierte Ganztagsbetreuung an den Schulen
- Förderung der »Kultur von unten«
- keine Schließung von Bücherhallen und anderer soziokultureller Einrichtungen
- beitragsfreier Zugang zu Kultureinrichtungen und Sportstätten für Menschen mit niedrigen Einkommen
- ausreichende Räume und Flächen für kulturelle Aktivitäten zu günstigen Bedingungen
- keine Bundeswehr an Eimsbütteler Schulen und Hochschulen, denn Bildung, Forschung und Lehre sind zivil und sollen friedlichen Zwecken dienen

9. Menschlichkeit und Solidarität in Eimsbüttel, gegen Ausgrenzung und Rassismus – Eimsbüttel für alle

Die LINKE. Eimsbüttel bekämpft Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie und jede Form von Menschenfeindlichkeit, wo immer sie auftritt. Wir setzen uns dafür ein, dass Aufklärung über die Gefahren dieser menschenfeindlichen Ideologien unbeeinträchtigt stattfinden kann. Diese

Aufklärungsarbeit möchten wir fördern und hierfür geeignete Räume schaffen, erhalten und schützen. Wir setzen uns dafür ein, dass Orte des Gedenkens an den faschistischen Terror geschaffen werden. Besonders treten wir dafür ein, des antifaschistischen Widerstandskampfes zu gedenken. Die Orte zur Erinnerung an Opfer rassistischer und faschistischer Gewalt in Eimsbüttel sollen gepflegt und bewahrt werden. Hierfür müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Die LINKE. Eimsbüttel setzt sich dafür ein:

- keine Ausgrenzung, kein Rassismus
- Aufklärung statt Vorurteile
- Orte des Gedenkens bewahren, pflegen und schaffen sowie finanzielle Mittel dazu bereitstellen
- Gedenktafel zum 1. Mai 1933 für die mutigen WiderständlerInnen am Luruper Weg
- Unterstützung der »Mobilen Beratung gegen Rechts«
- Einrichtung einer Stelle gegen Polizei- und andere staatliche Gewalt
- Umbenennung der »Sedanstraße« in »Fiete-Peter-Straße« oder Benennung eines Platzes in unmittelbarer Nähe der Sedanstraße/Bundesstraße mit dem Namen »Fiete Peter«
- Umbenennung des »Kriegerdankwegs« in Schnelsen

10. Eimsbüttel – Ein Bezirk für Mensch und Natur, nicht für den Autoverkehr

Eimsbüttel ist nicht nur ein hochverdichteter Stadtteil, sondern hat auch eine Verkehrsdichte, die die Lebensqualität der Menschen beeinträchtigt. CO₂-Belastung, Lärm und unfallträchtiger Straßenverkehr haben insbesondere im Eimsbütteler Kerngebiet die Belastungsgrenzen erreicht und teilweise überschritten. Schlecht koordinierte Baustellenplanung und ein »Busbeschleunigungsprogramm« machten den Öffentlichen Nahverkehr nicht attraktiver, wohl aber teurer. Auch die Einrichtung barrierefreier U- und S-Bahnhaltestellen kommt nur schleppend voran und häufig nicht an den richtigen Stellen. Stadtteile wie Stellingen oder Schnelsen leiden unter der Dominanz nicht abreißender Autoschlangen, Staus und Luftverpestung, die die Einrichtung von öffentlichen Begegnungszentren mit Aufenthaltsqualität erschweren und teilweise unmöglich machen.

Von der Grindelallee bis zur Kieler Straße erleidet Eimsbüttel mehrmals täglich einen Verkehrskollaps. Während der Baumaßnahmen am A7-Deckel wird sich

diese Situation noch verschlechtern. Sie ist gesundheitsschädlich für alle Beteiligten – von den Anwohnern bis zu den Verkehrsteilnehmern, und sie entspricht nicht den aktuellen verkehrspolitischen und infrastrukturellen Erfordernissen unserer Großstadt.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- keine Gebühren für Park-and-ride-Plätze, Erweiterung der Park-and-ride-Stellflächen
- Senkung der HVV-Preise, Ausbau des Busnetzes
- mehr Tempo-30-Zonen in Eimsbüttel
- zügiger Ausbau der barrierefreien Zugänge an U- und S-Bahnen
- die vollständige und nachhaltige Sanierung der gesamten Geh- und Fahrradwege, z.B. am Kaiser-Friedrich-Ufer (Kaifu).

DIE LINKE.
Bezirksverband Eimsbüttel

Zu guter Letzt

Angesichts leerer öffentlicher Kassen stellt sich die Frage nach der Finanzierung. Das Geld, um die Bezirke auskömmlich und bedarfsgerecht zu finanzieren, ist in Hamburg vorhanden. Es muss lediglich über eine gerechte Steuerpolitik in die öffentlichen Kassen umgeleitet werden. Denn die Steuern für Vermögende, für Konzerne und Großverdiener wurden ins Bodenlose gesenkt oder sogar abgeschafft. Doch eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik sieht anders aus. Sie muss vor allem dem Ziel verpflichtet sein, durch gute öffentliche Leistungen die Lebensqualität der Bevölkerung zu sichern und zu verbessern.

DIE LINKE lehnt diese Kürzungspolitik, die den Reichen, Vermögenden und Konzernen niedrige Steuern sichert, ab. Wir setzen uns für die Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz und in der hamburgischen Verfassung ein und streben eine Reform der Einkommenssteuer, eine Anhebung der Körperschaftsteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Millionärssteuer an.

DIE LINKE. Bezirksverband Eimsbüttel

Kieler Straße 689

20257 Hamburg

Tel.: 040 / 30 22 71 77

www.die-linke-eimsbuettel.de

DIE LINKE. Landesverband Hamburg

Wendenstraße 6

20097 Hamburg

Tel.: 040 / 3 89 21 64

Fax: 040 / 43 09 70 28

buero@die-linke-hamburg.de • www.die-linke-hamburg.de

V.i.S.d.P.: Martin Wittmaack